



HESSISCHER LANDTAG

18. 02. 2025

Plenum

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD**

Luftverkehr zukunftssicher aufstellen — soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Luftverkehrswirtschaft in Hessen und Deutschland stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Stärkung des Luftverkehrs in Hessen sowie der Bundesrepublik Deutschland. Für eine global vernetzte Volkswirtschaft stellt der Luftverkehr einen entscheidenden Wirtschaftsfaktor dar und ist in seiner sozialen Funktion für viele Menschen in Hessen und in Deutschland von zentraler Bedeutung.
2. Die anhaltende Rezession in Deutschland belastet die Unternehmen und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit. Überregulierung und Steuern sowie geopolitische Krisen sind Gründe für eine unterdurchschnittliche Erholung des Luftverkehrs in Deutschland. Während in Deutschland der Luftverkehr bei weit unter 90 Prozent des Vorkrisenniveaus liegt, verzeichnen andere EU-Ländern und der Luftverkehr weltweit deutliche Wachstums- und Expansionsraten.
3. Der Landtag erkennt an, dass die zuletzt drastisch gestiegenen staatlichen Kosten dazu geführt haben, dass sich der Luftverkehr im Vergleich zu den europäischen Hauptkonkurrenten deutlich schwächer entwickelt hat und eine Neuorientierung in der Luftverkehrspolitik auf allen betroffenen staatlichen Ebenen dringend geboten ist, um eine neue wirtschaftliche Dynamik entfalten und die Wettbewerbsfähigkeit stärken zu können.
4. Der Landtag stellt fest, dass der Luftverkehr insbesondere vor dem Hintergrund der anhaltenden wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sowie des klimaschonenden Wandels der Wirtschaft von weitreichenden Veränderungen betroffen ist. Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ist es daher angezeigt, den Luftverkehr nachhaltig zu stärken und insbesondere die internationale Konnektivität der Menschen und Unternehmen in Deutschland zu gewährleisten. Die deutsche Wirtschaft ist hierbei — insbesondere auch mit Blick auf nachhaltige Investitionen sowie resiliente und zukunftsfähige globale Wertschöpfungsketten — in besonderem Maße von einer auch weiterhin steigenden Dynamik im internationalen Handel abhängig. Bereits heute hängt annähernd jeder vierte Arbeitsplatz vom Export ab. Dieser globale Handel bietet Ertragschancen, die Investitionen in Nachhaltigkeit erst ermöglichen.
5. Der Landtag betont, dass ein zukunftsfähiger Luftverkehr auch auf einer Kompatibilität des Zusammenlebens sowie dem Erhalt guter Lebensbedingungen basiert, in dem die Belastung von Anwohnerinnen und Anwohnern insbesondere in unmittelbarer Nähe von Flughäfen durch Emissionen in Form von Lärm und Abgasen minimiert wird. Dies schließt insbesondere auch die Luftverkehrsunternehmen ein, deren wirtschaftlicher Erfolg eine notwendige Bedingung für Investitionen in modernstes Fluggerät mit geringeren Emissionen darstellt. Der Landtag erkennt vor diesem Hintergrund an, dass der Luftverkehr im Kontext der Energiewende vor besonderen Herausforderungen steht. Der Umbau zu einem nachhaltigen Luftverkehr erfordert hierbei sowohl technische Innovationen als auch weitreichende Investitionen, beispielsweise bei neuesten Flugzeuggenerationen, Navigationsverfahren oder Treibstofftechnologien.

6. Der Landtag kritisiert, dass die EU-weite Quote für nachhaltige Flugkraftstoffe (SAF) ebenso wie der EU-ETS einseitig Flugverbindungen über europäische Drehkreuze verteuern und sich somit Verkehre und Emissionen in das Nicht-EU-Ausland verlagern, ohne dabei einen Nutzen für die Umwelt zu erzielen. Gleichzeitig geht dies zu Lasten europäischer Wertschöpfung, Arbeitsplätze sowie Konnektivität. Aufgrund politischer Unwägbarkeiten in diesem Bereich sind insbesondere mit Blick auf die Anfangsphase des Markthochlaufs der SAF-Produktion entsprechende Absicherungsmechanismen zu prüfen — beispielsweise in Form von Bürgschaftsprogrammen —, um die nach EU-Recht vorgeschriebenen SAF-Mengen zukünftig bereitstellen zu können.
7. Der Landtag begrüßt das Bemühen der Landesregierung, die Bundesregierung über den Bundesrat dazu zu bewegen, sich auf EU-Ebene für einen „Zukunftspakt Luftverkehr“ einzusetzen und einen nachhaltig gestalteten Luftverkehr als einen europäischen industriepolitischen Leitmarkt zu definieren, der durch die EU gezielt gefördert und gestaltet wird. Zentraler Bestandteil eines solchen Zukunftspaktes sollte hierbei die Finanzierung durch eine europaweite und enddestinationsgebundene Klimaabgabe sein — auch, um hierdurch den Markthochlauf von SAF sicherzustellen. Perspektivisch sollte hierdurch auch die nationale Luftverkehrssteuer ersetzt werden.
8. Der Landtag stellt fest, dass sich die aktuell hohen Standortkosten für die Luftverkehrswirtschaft in Deutschland insbesondere aus der Luftverkehrssteuer, den Gebühren für die Flugsicherung sowie den Luftsicherheitsgebühren ergeben. Während die Wahrung der Flugverkehrssicherheit allerhöchste Priorität genießt, bekräftigt der Landtag, dass die übrigen staatlichen Kostentreiber sowie einseitig bestehende Regulierungen für die Luftverkehrsbranche spürbar reduziert werden müssen. Hierunter fällt bspw. die ab 2026 geltende nationale PtL-Quote, die auf absehbare Zeit faktisch nicht erfüllbar ist und im rechtlichen Widerspruch zu europäischen Vorgaben steht. Darüber hinaus gilt es zu beachten, dass insbesondere Steuern und Gebühren so reduziert werden, dass der deutsche Luftverkehr sowohl innerhalb Europas als auch darüber hinaus wettbewerbsfähig bleibt. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag den von der Hessischen Landesregierung unternommen Vorstoß, wonach luftverkehrsbezogene Abgaben sowie Einnahmen aus dem Emissionshandel gezielt für die Dekarbonisierung, verbrauchsarme Flugzeugflotten sowie die Technologieentwicklung im Luftverkehr eingesetzt werden sollen.
9. Der Landtag unterstreicht, dass eine zukunftsfähige Luftverkehrswirtschaft in Hessen sowie deutschlandweit in hohem Maße davon abhängig ist, dass qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte zur Verfügung stehen. Die Anwerbung und effektive Integration ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer spielt bei der Bekämpfung des Arbeitskräftemangels hierbei eine zentrale Rolle; insgesamt bietet die Luftverkehrsbranche aufgrund ihrer internationalen Ausrichtung zahlreiche Möglichkeiten, Arbeitskräfte aus dem Ausland zu integrieren und ihre vorhandenen Fähigkeiten und Erfahrungen sowie sprachlichen und kulturellen Kenntnisse gewinnbringend einzusetzen.
10. Der Landtag betont, dass den Unternehmen der Luftverkehrswirtschaft gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine soziale Verantwortung zukommt. So steht gerade in Ballungsräumen rund um Flughäfen häufig nicht ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung. Die Lösung dieses gesamtgesellschaftlichen Problems bedarf einer gemeinsamen Anstrengung sowohl der Unternehmen als auch der staatlich handelnden Akteure, die darauf abzielt, Wohnraummangel effektiv zu bekämpfen. Der Landtag unterstreicht, dass ein mögliches Instrument hierfür im Konzept des Mitarbeiterwohnens besteht und unterstützt den Vorstoß der Landesregierung, die Bundesregierung über den Bundesrat zu bitten, Möglichkeiten zur Schaffung bzw. Begünstigung solcher Lösungen zu prüfen.
11. Der Landtag unterstreicht die Notwendigkeit einer langfristigen Umstellung des Luftverkehrs unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit, des Klimaschutzes und der Energieeffizienz. Der Landtag stellt ferner fest, dass dieser Wandel für heimische Fluggesellschaften und Flughäfen wettbewerbsneutral erfolgen muss. Insgesamt kann die Einhaltung der Klimaschutzziele im europäischen Kontext nur gewährleistet werden, wenn sowohl Wettbewerbsverzerrungen als auch „Carbon Leakage“ verhindert werden. Vor diesem Hintergrund sind insbesondere die regulatorischen Rahmenbedingungen zukünftig so auszugestalten, dass insbesondere die internationalen Drehkreuze in Deutschland gegenüber anderen Hubs — inner- als auch außerhalb der Europäischen Union — wettbewerbsfähig sind und bleiben.

12. Der Landtag hebt die Bedeutung von weiterer Prozessoptimierung im gesamten Bereich des Flugverkehrsmanagements hervor, durch die weitere Kosten reduziert sowie eine Optimierung des Betriebsergebnisses erzielt werden können. Insgesamt gilt es, dass die Passagierabfertigung, aber auch die Prozessabläufe entlang der Logistikkette im Bereich der Luftfracht weiter verbessert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 18. Februar 2025

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert